

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tageblatt Riesa,  
Genuss Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1539  
Circulose Riesa Nr. 28.

Nr. 32.

Dienstag, 7. Februar 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 11.— Mark einschließlich Bringerlohn. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundrasterzeile (7 Spalten) 2,50 Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweilung und Vermittlungsgebühr 1 M. Je 100 Zeilen. Bemühter Rabatt 50%, wenn der Betrag vorläufig durch Anzahlung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. 24stündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Kirchliche Bekanntmachung.

Wie in anderen Kirchengemeinden, so soll auch hier der Gemeinde-Vorstand einberufen werden. Das unterzeichnete Pfarramt bittet die Gemeindeglieder, die sich an ihm

beteiligen wollen — Männer, Frauen und Jungfrauen (über 20 Jahre alt) —, sich in der nächsten Zeit in der Pfarramtstanzel oder bei einem der Geistlichen anzumelden.  
Das ev.-luth. Pfarramt Riesa. Friedrich.

## Die Verhandlungen zwischen Regierung und Spitzenorganisationen

Der Reichskanzler meldet aus Berlin: Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben Montag vormittag begonnen. Anwesend waren der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichsverkehrsminister. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten war nicht vertreten. Am Anfang der Verhandlungen erließ der Reichskanzler das Wort zu Ausführungen über die gesamte politische Lage. Er wies darauf hin, daß das feste Ziel der Politik der Regierung bisher gewesen sei und auch weiter sei, die Erkenntnis in der Welt zu verbreiten, daß die Weltwirtschaft wieder aufbauen werden müsse. In dem großen Kampfe um die politische Weltatmosphäre habe die Reichsregierung seit Monaten ihre ganze Kraft einsetzt. Ein Teil der Welt habe sich bereits heute auf den von der Regierung verfolgten weltwirtschaftlichen Problemen eingestellt. Das Ergebnis ist die benutzende Kontinuität über den weltwirtschaftlichen Wiederaufbau in Genuß. Die Voraussetzung für diese Politik sei aber das Vertrauen der Welt auf Deutschland, auf Deutschlands Regierung und auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands. Unter allgemeiner Beobachtung wird der Reichskanzler wiederholt darauf hin, daß ein anarchisches Deutschland in der auswärtigen Politik nicht verhandlungsfähig sei. Niemand würde mit Deutschland verhandeln, wenn die Welt glaube, daß es in Deutschland keine Ordnung gebe. Unter diesen Gesichtspunkten müßten auch diese Verhandlungen geführt werden. Alles andere sei diesem Kernpunkte unterzuordnen.

Nach den Ausführungen des Reichskanzlers wurde in die Verhandlungen einbezogen. Der Vertreter des Beamtenbundes brachte zwei Forderungen vor. Er verlangte erstens eine soziale Ausgestaltung des Gehaltsverhältnisses und zweitens ein für die ganze Beamtenenschaft geltendes Arbeitszeitgesetz. In der Reichseisenbahn seien bereits neue Dienstpläne ausgearbeitet und auch in Anwendung gebracht worden, obwohl eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Beamte noch nicht vorliege.

Der Reichskanzler erwiderte, daß wegen solcher Forderungen ein Streik überhaupt nicht nötig gewesen sei. Ueber das Arbeitszeitgesetz seien Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Organisationen durchaus möglich, da dieses Gesetz noch nicht weiter als über einen Referententwurf gegeben sei. Das Reichsministerium habe bisher über dieses Gesetz keinerlei Beschlüsse gefaßt. Notwendig sei aber eine wirtschaftliche Gestaltung der Verträge, und zwar unter dem Gesichtspunkte der Vermeidung einer Kontrolle durch die Entente. Zu den anderen Forderungen des Vertreters des Deutschen Beamtenbundes erklärte der Kanzler, eine bessere Stellung der höheren Beamten sei notwendig gewesen, um dem Staate tüchtige Kräfte zu erhalten. Es könnten jedoch durchaus Verhandlungen über diese Frage stattfinden. Die in Ausarbeitung befindliche Vorlage enthalte bereits ein Entgegenkommen in diesem Punkte.

Der Reichsverkehrsminister führte aus, eine Zurückziehung des Referententwurfes über das Arbeitszeitgesetz könne nicht in Frage kommen, da dieser Entwurf nur eine vorbereitende Arbeit darstelle. Der Minister stellte in Rede, daß bereits auf Grund dieses Referententwurfes Dienstpläne ausgearbeitet worden seien.

Darauf berichtete der Vertreter des Reichsfinanzministeriums über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen über die Nebenerwerbsbeschränkungen.

Ein Vertreter der Postbeamten, der erklärte, inoffiziell die in der Reichsgewerkschaft organisierten Eisenbahnbeamten zu vertreten, forderte, daß die Dienstpläne erst im Zusammenhang mit dem allgemeinen Arbeitszeitgesetz für sämtliche Beamte geregelt werden sollen.

Der Reichskanzler erklärte, daß er bereit sei, über das Arbeitszeitgesetz mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu verhandeln. Der Reichsminister sei ermächtigt, neue Verhandlungen über die Gehaltsfragen zu führen, die bereits am gestrigen Nachmittag im Reichsfinanzministerium beginnen sollten. Die Verhandlungen dauern an.

## Noch keine Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft.

Zu einem halbamtlichen Bericht über eine am Sonntag abgehaltene Sitzung der Mitglieder des Kabinetts und der Führer der in der Regierung vertretenen Parteien betont die „Berliner Montagspost“, es ergebe sich aus diesem Bericht, daß die Regierung nach wie vor jede direkte Verhandlung mit der Reichsgewerkschaft ablehne. Weiter meldet das genannte Blatt, daß im Laufe des Sonntags die sozialdemokratischen Führer Hermann Müller und Wolf sowie die unabhängigen Führer Dietrichmann und Rosenfeld mit dem Reichskanzler in Anwesenheit des Reichsverkehrsministers Gröner Besprechungen hatten, ob die Regierung die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft nicht doch aufnehmen könne. Die Streikleitung der Beamten stellt als Bedingung für eine Einigung eine Streikführung oder Streikenden nicht vorgenommen werden würden und nach dem Streik sofort Verhandlungen über die Neuverteilung der Gehälter der unteren Beamtengruppen aufgenommen werden. Die Streikleitung der Eisenbahner verlangt, daß die Regierung das Arbeitszeitgesetz zunächst für private Arbeiter und dann erst für Staatsbedienstete und Beamte fertigstellen solle. Für den Streikabbruch

steht die Streikleitung die Bedingung, daß der Reichsverkehrsminister sämtliche den Direktionen ausgegangenen Erläuterungen über die Arbeitszeitregelung zurückziehe.

In einer Meldung der „Tribüne, Nacht.“ aus Berlin heißt es: An ein Aufkommen der Reichsgewerkschaften mit den Unabhängigen ist jetzt nicht mehr zu denken. Am Sonntagabend ist es zu einer Ablage der Reichsgewerkschaften an die Unabhängigen gekommen. Hermann Müller erklärte Dietrichmann, daß nach dem Artikel in der „Freiheit“ am Sonntagabend fröhlich für die Streikenden eintritt, ein erfolgreiches Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen unmöglich erscheine. Die Unabhängigen stellten den Streikenden den Rücken, da sie der Auslösung zu sein scheinen, daß diese bezüglich ihrer Einkommensverhältnisse und der Beschäftigungsbauer bewährte Vorwürfe gegen die Reichsregierung erheben könnten.

Gerüchte, wonach die Reichsregierung zur Befreiung des Streifens mit auferlegen sei und daß gestern früh der Belagerungszustand über die vom Streik ergriffenen Gebiete verkündet worden solle, sind unzutreffend. Von der Verkündung des Belagerungszustandes war in der Kabinettsitzung am Sonntag nicht die Rede.

## Die allgemeine Streiklage.

Aus Berlin wird vom Montag gemeldet: Ueber die allgemeine Streiklage teilt das Reichsverkehrsministerium mit, daß in Baden der Streik der Lokomotivführer von der übrigen badischen Eisenbahngewerkschaft nicht abblätzt wird. Von den Direktionen in Elberfeld, Hannover, Stettin, Eisenburg, Frankfurt a. M., Magdeburg und der Strecke Schneidemühl-Deutschbrunn-Kalles wurde gestern und in der vergangenen Nacht ein Abklingen des Streifens gemeldet. Einzelne Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes scheinen den Streik aufzugeben zu wollen, da keine Streikgelder bezahlt werden. Aus anderen Bezirken, besonders aus Dresden, wird von einer Zunahme des Streifens berichtet. Der Notbetrieb ist inzwischen soweit ausgebaut worden, daß über die Direktionsbezirke hinausgeführt wird. In Berlin macht der Streik der künftigen Arbeiter die Durchführung des Notbetriebes besonders schwierig. So sind bereits gestern drei Kohlenzüge von Halle nach Berlin wegen Wassermangels für die Lokomotiven liegen geblieben. Der Betrieb wird weiter durch die ungünstige Wetterlage erschwert. — Nach einer Meldung der Eisenbahndirektion Stettin wurden dort an einigen Stellen Arbeitsmängel durch die Streikenden belästigt, teilweise sogar gefährdet. Schutzpolizei ist zum Schutze der Arbeitsmängel aufgestellt. In Selbstkochen versuchte ein Mann eine Maschine auf die Drehscheibe zu fahren, um sie dort zum Entgleisen zu bringen. Er wurde verhaftet. Anscheinend handelt es sich nicht um einen Eisenbahner.

Eine weitere Meldung aus Berlin vom Montag besagt: Die Streiklage ist im wesentlichen unverändert. Im Personenzugverkehr sind in den letzten 24 Stunden 100 Züge gefahren worden. Heute Montag früh ist zwischen dem Bahnhof Wetzlar und dem Völklinger Ringbahnhof ein halbständiger Wendelbetrieb für den öffentlichen Verkehr eingerichtet worden. Im Personenzugverkehr wurden seit Sonntag nachmittag bis Montag früh 20 Züge gefahren, die sich auf alle Richtungen verteilten. In den letzten 24 Stunden sind mit der Eisenbahn 180 000 Liter Milch auf den Berliner Bahnhöfen eingegangen. Zurzeit werden sechs Züge mit Dienstwagen für die Gasanstalt und die Elektrizitätswerte sowie mit Hausbrandholz den Empfangsstellen zugeführt. Wie der „V. S. a. M.“ vom Betriebsrat der Hoch- und Untergrundbahn mitgeteilt wird, haben die Funktionäre beschlossen, den Betrieb mittags einzustellen, da der Verkehr infolge des außerordentlich großen Andranges nicht nur für die Fahrgäste, sondern auch für die Angestellten der Bahn lebensgefährlich geworden ist. — Der Eisenbahndirektionspräsident hat den sofortigen Ausgang folgender Aufforderung angeordnet:

Alle der Arbeit ferngebliebene Arbeiter und Angestellte werden aufgefordert, sich am 8. Februar mit Beginn ihrer fahrplanmäßigen Schicht bei ihrer Arbeitsstelle zu melden und ihren Dienst sofort wieder aufzunehmen. Wer der Aufforderung nicht Folge leistet, hat sein Dienstverhältnis selbst beendet und ist entlassen.

Die Unkradialen möchten im Trüben fischen.

Nach Mitteilungen aus berufenen gewerkschaftlichen Kreisen Berlin wird bereits versucht, die Streiklage von linksradikaler Seite politisch auszunutzen. Es ist jedoch zu erwarten, daß der vollkommene Teil der Berliner Arbeiterkraft alles daran setzen wird, dem unverantwortlichen Treiben ein Ziel zu setzen.

Der Vollzeitspräsident ist der Ansicht, daß der moralische Druck der einsichtigen Arbeitermassen stark genug sein wird, weitere Ausmachungen des gegenwärtigen Streifens zu verhindern. Aus diesem Grunde konnte vorläufig von außerordentlichen politischen Maßnahmen abgesehen werden. Sollte trotzdem versucht werden, die öffentliche Ruhe und Ordnung gewalttätig zu stören, so ist die Polizei genügend vorbereitet, jeden Versuch im Reime zu ersticken.

Eine Erklärung des Allgem. Eisenbahnerverbandes.

Der „Allgemeine Eisenbahnerverband“ erklärt, die von Funktionären der Reichsgewerkschaft verbreitete Nachricht, daß der Verband unweigerlich ebenfalls den Streik erklärt habe, für vollkommen unrichtig. Er sei an den Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsminister zur Regelung der Nebenerwerbsbeschränkungen beteiligt. Ein Abbruch der Ver-

handlungen würde die wirtschaftliche Aufbesserung gerade der unteren Schichten des Eisenbahnerpersonals ernst gefährden. Infolgedessen erwartet der Verband von seinen Mitglieðern, daß sie ihren regelmäßigen Dienst weiterhin versehen.

## Streikmeldungen aus dem Reiche.

Nach einer Mitteilung der Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe ist auch in Baden der Eisenbahnerstreik Sonntag nachts 12 Uhr ausgebrochen. Der Eisenbahnerverband in Ober- und Mittelbaden ruht seit Sonntagabend nach vollkommen. Die Teno ist aufgerufen worden, um den in Aussicht genommenen Notbetrieb durchzuführen. — Aus Mannheim wird gemeldet: Die Lokomotivführer sind geschlossen in den Streik getreten. Es werden jetzt nur Züge mit Lebensmittel befördert.

Sonntagabend nachm. zogen in Hanau ungefähr 1500 Streikende aus einer Versammlung nach dem Bahnhof, drangen trotz des Widerstandes der Polizeimannschaften in den Bahnhof ein und entfernten die Arbeitsmängel mit Gewalt. Die Schnepf hat den Bahnhof zwar wieder besetzt, ist aber außerstande, die Bahnhofsanlagen von den Streikenden zu säubern.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Die Streiklage im Bezirk Frankfurt a. M. ist im wesentlichen unverändert. In Bayern haben die Lokomotivführer und der Deutsche Eisenbahnerverband auch in einer neuen Abstimmung mit übermächtiger Mehrheit den Streik abgelehnt. In Bayern war der Sonntag vollkommen streikfrei.

Die Verkehrsfrage im Göttinger Bezirk ist günstig. Der Betrieb wird in beschränktem Umfange aufrecht erhalten. Die Lage in den benachbarten Bezirken ist teilweise besser als tags zuvor. Der von den radikalen Eisenbahnern erwartete Generalstreik ist abgelehnt worden.

In Magdeburg ist die Streiklage im allgemeinen unverändert. Die Güterzüge konnten in größerem Umfang als bisher gefahren werden.

Die Eisenbahndirektion Hannover teilt mit: Die Streiklage hat sich nichts geändert. Auf fast allen Strecken findet ein Notbetrieb statt. Es wurden 177 Züge gefahren. Für Güter und Lebensmittel sind 147 Ersatzlokomotivführer vorhanden.

Am Sonntag wurden in Rottbus zwei Agitatoren, die im Auto von Berlin nach Rottbus kamen, verhaftet. Sie führten eine Menge Flugblätter mit sich, darunter viele Nummern der „Roten Fahne“. In Lübben hatten sie bereits aufgebundene Reden gehalten. Ferner wurde ein Mann festgenommen, der Flugblätter, die zum Ausstehen auffordern, verteilte. Alle drei wurden dem Amtsgerichte zugeführt.

Aus Essen wird gemeldet: Die Streiklage hat sich insofern etwas gebessert, als sich ein Teil des Zugbegleitpersonals wieder zum Dienst gemeldet hat. Die Anzahl der am Sonntag gefahrenen Züge hat sich gegen die Vorgabe erhöht. Im unbesetzten Gebiete wurden 49 Züge gefahren. Bei den kleinen Kutzwehen kam es zu einer Einschränkung der Förderung wegen geringerer Laagermöglichkeit. Einige bedeutende Werke haben Feuerlöcher eingelegt. Doch bestand Aussicht, daß im Bezirk Münster gestern mehrere Wagen anrollten. Auch auf den Kanalschiffen sind Einschränkungen zu erwarten. Größere Werke an der Ruhr sind noch nicht zum Erliegen gekommen. Doch haben einzelne Werke ihre Hochöfen abdampfen müssen.

Die Streiklage in Dresden ist im allgemeinen unverändert. Der Verkehr von und nach Ober Schlesien wird im normalen Umfang abgewickelt. Es besteht keine Gefahr, daß hierin eine Veränderung eintritt. Die Kohlenzufuhr aus Oberschlesien ist nunmehr unbeschränkt.

In Stettin ist die Lage unverändert. Einzelne Sabotageakte sind bekannt geworden, durch die jedoch ein nennenswerter Schaden nicht angerichtet worden ist.

Im Eisenbahnerstreik sind in Cöpenhagen bis jetzt 680 Mann von der Rothilfe eingelegt worden. Für die Nacht zum Montag sind weitere 100 Mann angefordert. Für Montag wurde mit dem Ausbruch eines Metallarbeiterausstandes gerechnet. In Tilsit wurde ein Eisenbahnsekretär, in Deutsch-Eilau ein Heizerlokomotivführer wegen Aufforderung zum Streik festgenommen. Letztere sind am 4. Februar aus dem Dienst entlassen worden.

Streikdrohung der württembergischen Lokomotivführer.

In einer Besprechung des württembergischen Staatspräsidenten mit den Lokomotivführern erklärte diese, daß, wenn es der Reichsregierung nicht bald gelinzt, Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft auszubauen, die in Süddeutschland eingetretene Faltung sich nicht mehr aufrecht erhalten lasse.

## Die Streiklage in Sachsen.

Aus Dresden wird vom Montag gemeldet: Die Streiklage hat sich nicht gebessert. Außer dem Lokomotivpersonal in Freiberg und Bienenau sind keine weiteren Kreise angeschlossen. Im übrigen wird in sämtlichen Bezirken voll gearbeitet. Personenzüge wurden am Sonntag innerhalb Sachsens 53 gefahren. Im Bezirk Chemnitz ist der Personenzugverkehr gänzlich eingestellt. Der Notbetrieb zur Beförderung lebenswichtiger Güter konnte trotz der äußerst ungünstigen Witterung durchgeführt werden. So wurden am Sonntag acht Milchzüge und 20 Lebensmittelzüge gefahren. Dem Dresdner städtischen Gaswerk wurden Kohlen für mehrere Tage zugeführt. Auch ist es